

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 10

Artikel: Unfähiger Kapitalismus und untaugliche Alternative : die
Entwicklungsproblematik auf dem lateinamerikanischen Kontinent
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095301>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Entwicklungsproblematik auf dem lateinamerikanischen Kontinent

Unfähiger Kapitalismus und untaugliche Alternative

Von Alphonse Max

Lateinamerika ist ein Musterbeispiel dafür, dass einer schlechten Entwicklung durch eine noch schlechtere Remedur nicht geholfen werden kann.

Die Situation in ganz Lateinamerika bedarf der Wandlung. Das Wirtschaftssystem der Länder des Kontinents ist, mit wenigen Ausnahmen, nicht dazu geeignet, die Bedürfnisse der modernen Massen zu befriedigen. Der Kapitalismus hat in Lateinamerika zu einem grossen Teil versagt.

Hat der Kapitalismus versagt oder seine Anwendung?

Nun gut. Alle diejenigen, die gegen das Establishment aufbegehren, weisen unermüdlich und mit Vehemenz auf die Fehler des Systems hin; sie empfehlen dessen Abschaffung und die Einführung eines auf dem politischen Reissbrett entworfenen und noch nie empirisch geprüften «Sozialismus». In der Praxis hat es sich jedoch erwiesen, dass der Kapitalismus in allen denjenigen Ländern der Welt, wo er sinnvoll angewandt wird, die moderne Gesellschaft zur materiellen Blüte bringt. Nur weil der Kapitalismus in Lateinamerika stümperhaft und dilettantisch praktiziert wird, hat er bis jetzt kaum nennenswerte Erfolge gezeitigt. Nicht der Kapitalismus an sich, sondern seine primitive und falsche Anwendung, gekoppelt mit einer Reihe externer Faktoren (totale Sabotage seitens Kommunisten und Terroristen beispielsweise), hemmt den Fortschritt auf diesem Kontinent.

Falsche Alternative in immer neuen Auflagen

Dabei ist folgendes Paradoxon zu beobachten. Wieder einmal protestierten bei der im April in Santiago de Chile abgehaltenen Konferenz der UNCTAD (United Nations Conference for Trade and Development) diejenigen Länder des Kontinents, welche die willkürlichsten Verstaatlichungen durchgeführt haben, am meisten dagegen, dass die reichen Nationen nicht genügend wirtschaftliche Unterstützung leisten und dass sie die armen Staaten «ausbeuten». Nicht nur Unverfrorenheit, sondern Unwissenheit und Heuchelei stecken hinter diesem Vorwurf, der mit dem Masochismus und der Dummheit der entwickelten Länder des Westens rechnet.

Die meisten lateinamerikanischen Politiker, Oekonomen und Bürokraten wollen einfach die Binsenwahrheit nicht wahrhaben, dass nicht nur enorme Bodenschätze und natürliche Reichtümer, sondern auch die im Land vorhandene Technologie den Wohlstand einer Nation bedingt. Diejenigen Völker, die technisches Wissen konsumieren, aber nicht selbst darüber verfügen, werden unweigerlich verhältnismässig arm bleiben. Die Frage «Sozialismus oder Kapitalismus» ist dabei irrelevant und für Lateinamerika eine falsche wirtschaftliche Alternative.

Wenn Regierungen die Niederlassungen auslän-

discher (oder häufig auch nur teilweise ausländischer) Unternehmen konfiszieren und nationalisieren, ohne das nötige Know-how zu besitzen, um die ererbten Produktionsmittel weiterhin wirtschaftlich zu betreiben, so machen sie das denkbar schlechteste Geschäft. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit, welche die lateinamerikanischen Politiker anzustreben vorgeben, würde — selbst wenn sie erreicht werden sollte — ein Schlag ins Wasser sein, solange technisches Wissen importiert werden muss.

Nur ein Vergleich: Japan hat kein Oel wie Venezuela, kein Kupfer wie Chile. kein Zinn wie Bolivien, keine Bodenschätze und keinen fruchtbaren Boden wie Peru, und trotzdem ist Japan dank seiner fortgeschrittenen Technologie heute die zweite wirtschaftliche Macht der Welt. Wer diesen Gemeinplatz nicht erkennt oder nicht wahrhaben will, verurteilt sein Volk zu einer neuen Form der Sklaverei zum ewigen Konsum fremder Technologie.

Die Frage, die sich für Lateinamerika heute stellt, ist: Wie kann der Kontinent sich von dem Joch des Technologiebedarfes befreien? Alles andere ist Heuchelei und Betrug der eigenen und der internationalen Öffentlichkeit.

Wechsel ja, aber wofür?

Diese unglückselige Lage, deren negative Entwicklung durch das Einwirken des internationalen Kommunismus noch beschleunigt und verschärft wird, dient als pseudoideologischer Ansatz für jene Kräfte, die angeben, die gegenwärtige, reformbedürftige Gesellschaft radikal ab-

Soeben ist bei uns das neue Buch erschienen:

H. CHRISTOF GÜNZL

NEUE POLITIK AUS NEUEM DENKEN

Schritte der Annäherung an eine neue politische Philosophie mit einem Geleit von Leo Gabriel
159 Seiten, snoline, öS 107,-

Dieses Werk enthält eine Sammlung von zwanzig Aufsätzen Günzls aus den vergangenen zwölf Jahren, in denen der Autor versucht, die Grenzgebiete zwischen Philosophie und Politik auszuleuchten, wobei er eine philosophische Denkweise anwendet, die als Integrales Denken bezeichnet worden ist. Die Arbeiten stehen im Zusammenhang mit den jeweils akut gewesenen politischen Problemen. Retrospektiv betrachtet, scheinen sie nun zu beweisen, dass das Integrale Denken nicht nur politische Zusammenhänge und Schwerpunkte klarer sichtbar, sondern auch Entwicklungstendenzen frühzeitig erkennbar macht und dadurch Prognosen ermöglicht.

In dem von Univ.-Prof. DDr. Leo Gabriel, Vorstand des Philosophischen Instituts der Universität Wien und Präsident der Weltvereinigung der Philosophischen Gesellschaften, verfassten Geleitwort wird es als besonderes Verdienst Günzls hervorgehoben, dass er sich den Impuls des neuen Denkens intensiv zu eigen gemacht und in allen Bereichen der geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problematik der gegenwärtigen Situation, insbesondere im eigenen Land, zur Darstellung gebracht hat. Durch Günzl werde eine Verwirklichung der Einheit von Philosophie und Politik vollzogen.

**Sozialpolitische Zeitschriften-Verlagsgesellschaft
M. Tröstler & Co**

A - 4021 Linz, Christian-Coulin-Strasse 13, Postfach 324, Tel. (07222) 54550



Von der Verkündigung der Alternative ...

schaffen und an ihrer Stelle eine neue, gerechtere und humanere errichten zu wollen. Konkret befragt, welches Modell sozialer Ordnung ihnen als Heilung vorschwebt, bleiben diese Radikalen die Antwort schuldig, denn sie sind klug genug, um nicht auf die Sowjetunion, China oder Kuba als Beispiel eines gesellschaftlichen Ideals hinzuweisen, da selbst den Terroristen bekannt ist, dass in diesen Ländern weder Freiheit noch Wohlstand herrscht. Die Flucht ins Utopische der politischen Sandkastenspiele ist ihr einziger Ausweg aus der einfachen und doch für sie unbeantwortbaren Frage: «Wechsel ja, aber wofür?»

Und da der Kapitalismus hier tatsächlich wurmstichig ist und versagt hat und da die meisten von diesem Zustand betroffenen Mittelstandangehörigen die auch durch die eigene Schuld herrschende, heruntergewirtschaftete Lage nicht akzeptieren wollen, gedeiht der Wohlstandsradikalismus. Daher ist die Tatsache, dass die bürgerlichen Terroristen den Staat nicht verbessern, sondern zerschlagen wollen, zu spät erkannt worden.

Und die Frage nach der Praxis

Andererseits sind diejenigen Länder, die sich von dem bestehenden morschen System abge-

wandt und radikale Aenderungen eingeführt haben, heute bedeutend schlechter dran als je zuvor.

Zum erstenmal in der Geschichte Lateinamerikas wurde die Lebensmittelrationierung eingeführt, und zwar gerade in den Ländern, die das «sozialistische Experiment» durchmachen: Kuba, Peru und Chile. Kuba, früher der grösste Zuckerproduzent der Welt, musste schon vor längerer Zeit Lebensmittelkarten einführen, jetzt selbst für Zucker. Die diesjährige Zuckerernte ist die niedrigste des Jahrhunderts, und die Sowjetunion und andere Ostblockländer kaufen den Zucker in den Ländern, die sie in ihrer Presse als reaktionär und rückständig anprangern: Brasilien und die Dominikanische Republik. Die kubanische Bevölkerung hat Anrecht auf monatlich ein Kilo Zucker pro Kopf; voriges Jahr waren es noch zwei. Zum Vergleich: In England werden monatlich pro Person 6 Kilo verzehrt und in den USA noch mehr.

Die peruanische Regierung hat den Fleischverkauf auf 15 Tage im Monat rationiert, und es wird der Bevölkerung demnächst eine Reihe anderer Konsumbeschränkungen auferlegt werden. Diese Lage ist das Ergebnis der Politik der Regierung, die die aktivsten Landwirtschaftsproduzenten enteignete, natürlich ohne fähig zu

sein, eine Kompensationsbasis dafür zu schaffen.

In Chile musste die Regierung 1971 über 160 Millionen Dollar (mehr als das Doppelte des Vorjahres) für den Import von Nahrungsmitteln ausgeben (was 16 Prozent der gesamten Exporteinnahmen bedeutet), und für 1972 ist eine Lebensmitteleinfuhr im Wert von 450 Millionen Dollar vorgesehen, um den Bedarf der Bevölkerung auch nur einigermaßen zu decken. Die am meisten propagierte Alternative, die «sozialistische», erweist sich also als die untauglichste. ■

Der Buchtip

Ludwig Schulte: «Bundeswehr im Konflikt.» Verlag Bernard und Graefe, Frankfurt/M. 1971. 112 Seiten.

Der Wehrauftrag der Bundeswehr hat infolge militärischer und politischer Entwicklungen seit den fünfziger Jahren manche Aenderung erfahren. Ursprünglich war er auf das Prinzip der «massiven Vergeltung» ausgerichtet, später auf das Prinzip der «flexiblen Antwort». Heute nennt sie der Autor eine Voraussetzung zur Politik von Entspannung und Friedenssicherung. Sie müsse stets in der Lage sein (aber ob sie es ist?), eine eventuelle (eventuell ist gut) politische Pression, die ausdrücklich oder stillschweigend auf militärische Mittel gestützt ist, zu vereiteln. Der Osten hat nämlich Fähigkeit und Potential, einen Krieg zu beginnen, und dazu auch die offensichtliche Absicht, Differenzen im westlichen Lager durch seine Aktivität auszunutzen, was möglicherweise eine Kriegshandlung zur Folge haben könnte. Schulte untersucht die wichtigsten Aspekte der Debatten und Agitationen bezüglich Friedensforschung, Friedenssicherung oder Kriegsverhinderung und kommt zum Schluss, dass Abschreckung und Friedenssicherung keine Gegensätze sind, die einander ausschliessen. Eine Politik positiver Friedenssicherung, die mehr ist als blosse Kriegsverhinderung, bedeute zugleich eine neue Funktion für die Abschreckung.

Schulte richtet seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Kritik an der Bundeswehr in der BRD. Aber die Thesen, die dort von den Gegnern der Streitkräfte vertreten werden, sind ja schon längst international, so dass dieses Buch beispielsweise auch einem schweizerischen Leser, der Argumente und Gegenargumente kennenlernen will, empfohlen werden kann. M.C.

... zur Verwirklichung für die Massen?



Leonard Mosley: «Der gespenstige Friede.» Verlag Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1970. 480 Seiten, Fr. 35.90.

Das Buch behandelt eine äusserst dramatische Zeitspanne in Europa: die Jahre 1938/39. Hitler ist in Deutschland an der Macht und schickt sich an, seine politischen Ziele in Europa durch Gewalt und List zu verwirklichen. In den westlichen Demokratien hätten die Sturmzeichen 1938 zu erkennen sein müssen. Doch Paris, London und die andern Hauptstädte Westeuropas erstarrten vor dem «Führer», zeigten sich spannungswillig und überliessen ihm die Initiative. Hitler, der seit 1935 keinen ernstzunehmen-